

„Annalena Baerbock...ist das weibliche Titelbild auf einem Schriftstück mit schädlichem Inhalt...Falls es Realität wird, kann der Standort Deutschland seinen Schwung und seinen Wohlstand verlieren.“

Helmut Markwort¹⁾

„Was passiert, wenn ich wähle...“

**Die vergessenen 40 Jahre DDR: Zentralisieren und reglementieren, anordnen und verbieten –
Der grüne ‚Ausweg‘ aus der herausfordernden Welt von heute. Zu kritischen Elementen im
Programmwurf der GRÜNEN.**



Mittelstands-Union

CSU

Bezirksvorstand Oberbayern - Mai 2021

**Ausgewählte Punkte aus dem „Deutschland. Alles ist drin. Programmentwurf zur Bundestagswahl 2021.“
Bündnis 90/Die Grünen²⁾**

	Im Programm steht...	Das bedeutet für den Wähler...	Fakten, Kommentare, Zitate
Steuern			
Seite 49	<p>„Die Einführung einer neuen Vermögenssteuer für die Länder ist unser bevorzugtes Instrument. Die Länder sollten die Einnahmen dieser Steuer für die Finanzierung der wachsenden Bildungsaufgaben einsetzen.“</p>	<p>Die Besteuerung von Unternehmensvermögen greift die Substanz der Wirtschaft an, da eine Vermögensbesteuerung unabhängig davon anfällt, ob die Unternehmen hohe oder geringe Gewinne oder gar Verluste machen.</p> <p>Mögliche Folgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei mittelständischen Unternehmern kann das zu einer erheblichen Erhöhung des Grenzsteuersatzes führen. • Die Unternehmen büßen massiv an Bonität und Kreditwürdigkeit ein. • Der Staat verliert Geld. 	<p>„Was brächte eine Vermögenssteuer überhaupt ein? Wir haben dazu vor einigen Jahren eine Studie vorgelegt, deren Ergebnis lautet, dass sie am Ende dazu führt, dass alle ärmer sind - auch der Staat, weil weniger investiert wird und das Wirtschaftswachstum sinkt.“ Prof. Clemens Feust³⁾</p> <p>Die Einführung bedeutet für den Staat annähernd:</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein PLUS: 14 von Mrd. € • ein MINUS von 44 Mrd. € bei anderen Steuern (Ifo-Institut 2019)

		<ul style="list-style-type: none"> • Eine Unternehmensnachfolge wird immer schwieriger. 	Aber <i>Gründung</i> fördern, ohne die Bedeutung der Nachfolge zu erkennen! (Vgl. S.33)
Seite 48	<p>„Heute aber tragen die obersten 10 Prozent der Einkommen über Steuern und Abgaben relativ weniger bei als die mittleren Einkommen. Das ändern wir, indem wir den Grundfreibetrag der Einkommensteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Im Gegenzug wollen wir den Spitzensteuersatz moderat anheben.“</p>	<p>Folgen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Torpediert die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie. • Verunsichert bereits durch Corona geschädigte Unternehmen. • Benachteiligt besonders mittelständische Familienunternehmen, die, oft als Personengesellschaften, bereits einem Besteuerungsnachteil unterliegen. 	<p>Die oberen 10 % der Steuerpflichtigen tragen bereits 56,7 % der festgesetzten Einkommensteuer (nach einer aktuellen Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags).</p> <p>BMF 2019: „Die untere Hälfte der Steuerpflichtigen brachte ...nur knapp sechs Prozent und das untere Viertel gerade einmal 0,4 Prozent auf.“ (BDI, S. 11)⁴⁾</p>
Seite 49	<p>„Die Abgeltungsteuer für Kapitalerträge schaffen wir ab und besteuern diese Einkommen wieder progressiv. Damit zahlen diejenigen mit hohen Zinseinkommen und Spekulationsgewinnen höhere Steuern, Aktienkleinanleger werden entlastet.“</p>	<p>Vereinfachungen und bürokratische Entlastungen für Bürger und Finanzämter würden wieder wegfallen.</p> <p>Abgrenzungsbedarf von Zinsen, Veräußerungsgewinnen und Dividenden führte zu unerwünschten Gestaltungsspielräumen.</p>	
Seite 45	<p>„Spekulation und Kurzfristorientierung werden wir, unter anderem durch eine europäische Finanztransaktionssteuer mit</p>	<p>Das gefährdet die Altersvorsorge in Aktien von Privatanlegern.</p>	

	<i>breiter Bemessungsgrundlage, unattraktiv machen.“</i>	Eine <i>nicht-globale</i> Regelung bedeutet Wettbewerbsnachteile gegenüber den USA und Asien.	
--	--	--	--

Arbeitsmarkt			
Seite 56	„Den gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben.“	Oberhalb der Arbeitsproduktivität macht ein solcher Lohn arbeitslos. Betroffen sind Menschen mit Beschäftigungshemmnissen.	
Seite 56	„ Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie. Ohne sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden.“	Zeitarbeit und sachgrundlose Befristungen sind gerade für solche Personen der Einstieg in den Aufstieg am Arbeitsmarkt. Für Betriebe sind sie wichtig, um mit angespannter Auftragslage atmen zu können.	
Seite 57	„Die Mitbestimmungsrechte wollen wir ausbauen und modernisieren, wenn es um die Personalentwicklung, die Stärkung von Frauen und die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht.“	Die Klimapolitik darf nicht zum Vorwand werden, um neue Vorschriften zu erlassen und in Eigentumsrechte einzugreifen.	
Seite 57	„Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir erhalten und stärken, in-dem wir ein Recht auf Homeoffice einführen – mit Blick auf betriebliche Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien versehen. Ein Arbeitsplatz im Unternehmen muss aber ebenfalls allen zur Verfügung stehen.“	Kleine Betriebe könnten häufig kaum den Betriebsablauf aufrechterhalten, wenn jeder Mitarbeiter dieses Recht besäße. Bei allen dort Beschäftigten zu Hause den vollen Arbeits- und Datenschutz wie im Betrieb zu gewährleisten, ist unrealistisch.	

Seite 58	„Wir wollen die starre Vollzeit zu einer Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Stunden bei flexiblem Arbeitszeitkorridor umgestalten. Versuche, das Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab.“	Für kleine Unternehmen kaum realisierbar. Wer mehr arbeiten möchte, soll das dürfen. Die persönliche Freiheit ist ein hohes Gut.	
Seite 58	„Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür ist ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation.“	Berufliche Weiterbildung ist primär eine betriebliche Aufgabe. Einer zentralen Agentur über höhere Arbeitslosenbeiträge diese Aufgabe zu finanzieren, widerspricht dem. Damit würde auch der beitragszahlende Mitarbeiter die Fortbildung seines Kollegen finanzieren.	
Seite 58 f.	„Unfares Preis-Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden.“	Das bedeutet Marktmanipulation durch den Staat und der gravierende Eingriff in das Recht von Unternehmern (Gewerbe oder freier Beruf), ihre Leistung zu kalkulieren.	
Seite 59	„Wir werden ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten. Dieses Gesetz muss auch	Falls ohne Beschwerden der Betroffenen die Betriebe auf Grundlage des Entgeltgleichheitsgesetzes verklagt werden dürfen, würde das intensiv von bestimmten Verbänden genutzt, weil hier enorme	

	<i>ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten.“</i>	Einnahmen zulasten der Betriebe locken.	
Seite 59	<i>„Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, wollen wir in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.“</i>	Noch ein Verbot! Diese Jobs sind der niederschwellige Einstieg in den Arbeitsmarkt und wegen des geringen Regulierungsgrades für die Arbeitgeber eine unverzichtbare Flexibilitätsreserve.	
Seite 59	<i>„Diskriminierungen am Arbeitsmarkt begegnen wir mit einem Verbandsklagerecht, das die Einzelne stärkt, und durch ein echtes Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt.“</i>	Wie sollen Kleinbetriebe die betrieblichen Abläufe so organisieren und das Ganze finanzieren, wenn sie kurzfristig das Recht einzelner Personen auf Ausweitung der Arbeitszeit umsetzen müssen.	
Seite 61 f.	<i>„Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. (...) Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise anheben, sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen.“</i>	Der Steuerzahler, der Hartz IV finanziert, hat ein Anrecht darauf, dass dem Transferempfänger sanktionsbewehrte Eigenanstrengungen abverlangt werden.	

Renten

Seite 62

„Die langfristige Sicherung des **Rentenniveaus** bei 48 Prozent hat für uns hohe Priorität.“

„Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden.“

„In einem ersten Schritt zu einer **Bürgerversicherung** sorgen wir dafür, dass anderweitig nicht abgesicherte Selbständige, denen sonst Altersarmut droht, und Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen werden.“

Im Hinblick auf sonstige Aussagen zur **Belastung künftiger Generationen** wird diese hier kommentarlos in Kauf genommen!

Für die Steuer- und Beitragszahler macht es keinen Unterschied, ob sie für steigende Rentenausgaben in Form von höheren Beiträgen oder in Gestalt höherer Steuern **zur Kasse gebeten** werden.

Das bläht die umlagefinanzierten Sozialsysteme noch weiter auf; gerade im Hinblick auf den demografischen Wandel.

Pflege und Gesundheit

Seiten 66, 68

„Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte **Bürgerversicherung**, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt (...). Die Bürgerversicherung bezieht alle in die Finanzierung eines leistungsstarken Versicherungssystems ein. Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete beteiligen sich mit einkommensabhängigen Beiträgen. Neben Löhnen und Gehältern sollen Beiträge auf Kapitaleinkommen erhoben werden. (...) Mit einer doppelten Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. (...) Die Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege-Bürgerversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.“

"Solche 'Wohltat' muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat - und das auch noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie."
Ludwig Erhard ⁵⁾

Seite 68

„(...) Wertschätzung [in der Pflege] braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif bezahlen.“

Das bedeutet, Pflegebedürftige und den Steuerzahler zusätzlich finanziell zu belasten und verstößt gegen das Tarifvertragsgesetz sowie die verfassungsrechtlich geschützte negative Koalitionsfreiheit.

Finanzen und Währung

<p>Seite 46</p>	<p>„Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern den Stabilitäts- und Wachstumspakt so reformieren, dass ein zu hoher Spardruck verhindert wird und Zukunftsinvestitionen in allen Mitgliedsländern weiter erhöhet werden können.“</p> <p>„Den neu geschaffenen Wiederaufbaufonds verstetigen wir, integrieren ihn fest in den EU-Haushalt, ermöglichen so eine demokratische Kontrolle und nutzen ihn auch dauerhaft, um in wichtige Zukunftsbereiche zu investieren, etwa gemeinsame europäische Energienetze oder ein Schnellbahnnetz.“</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Aufweichen des Stabilitätspaktes weckt neue Begehrlichkeiten. • Investitionen dürfen nicht konsumtiv, sondern nur produktiv erfolgen. • Schuldenbremsen verhindern, dass Politiker und Technokraten kurzsichtig Geschenke verteilen und Eigeninteressen verfolgen. <p>Das bedeutet eine ‚Schulden- und Transferunion‘!</p> <p>An die EU gezahlte Mittel und die Schuldenaufnahme selbst müssen befristet und reglementiert bleiben, sonst burden wir Folgegenerationen einen Schuldenberg auf.</p>	<p>Vordringlich sind: Investitionen in Wachstumsfelder, Digitalisierung, Infrastruktur und Bildung!</p>
<p>Seite 47</p>	<p>„Wir stehen zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und befürworten ein breiteres Mandat, das ihr erlaubt, gleichberechtigt zur Preisstabilität auch Wohlstandsmehrung und hohe Beschäftigung anzustreben.“</p>	<p>Das ist ein Baustein des gefährlichen Trends zur weiteren Politisierung der Geldpolitik und gefährdet ihre Unabhängigkeit.</p> <p>Das bedeutet eine Lenkungsfunktion für die EZB, für die es keine demokratische Grundlage gibt.</p>	<p>Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank war Vorbild für die Gestaltung der Europäischen Zentralbank.</p>

Umwelt und Energie			
Seite 9 ff.	<i>Es braucht „...eine sozial-ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft. Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO2-Reduktionszielen und Produkt-standards der deutschen und europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen. Faire Preise sorgen dafür, dass sich klimagerechtes Handeln lohnt.“</i>	Das führt zu <i>weniger</i> , nicht zu <i>mehr</i> Planungssicherheit und stellt eine sozial-ökologische Planwirtschaft dar.	Planwirtschaften sind bisher immer ökonomisch gescheitert und haben Armut und Umweltzerstörungen mit sich gebracht.
Seite 11 f.	<i>„Da derzeit die Kosten der Schäden, die durch den Ausstoß einer Tonne CO2 entstehen, nur sehr gering eingepreist werden, sind klimafreundlichere Alternativen oftmals noch nicht wettbewerbsfähig. Das wollen wir durch einen klugen Mix aus CO2-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht ändern. Wollte man die Klimaziele allein über die Bepreisung von CO2 erreichen, müsste der Preis 180 Euro betragen, was unweigerlich zu erheblichen sozialen Unwuchten führen würde. Einige könnten sich rauskaufen, andere nicht mehr teilhaben. Wir sehen in der CO2-Bepreisung also ein Instrument von vielen, das wir wirksam und sozial gerecht einsetzen wollen.“</i>	Problem: Will man Klimaziele per Ordnungsrecht umsetzen, kommt es folgerichtig zu ‚Carbon Leakage‘ (Abwandern von Industrie/ Verlagerung von CO2-Emissionen in Staaten mit niedrigeren Standards). Was machen dann die KMU?!	

<p>Seite 13</p>	<p><i>„Unser Ziel sind eine Million neue Solardächer in den kommenden vier Jahren. Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. Beginnend mit Neubauten, öffentlichen und Gewerbegebäuden sowie Dachsanierungen wollen wir diesen Standard perspektivisch auf den Bestand ausweiten.“</i></p>	<p>Laut Positionspapier der Grünen zur „Strom-Revolution“ soll es eine „allgemeine Solarpflicht für alle Neubauten“ geben. Das würde zu einem</p> <ul style="list-style-type: none"> - starken Anstieg der Immobilienpreise, - höheren Investitionen für Neubauten sowie zum - Erschweren bzw. Verhindern des Kaufs von Eigenheimen führen. 	<p>Belasten der Mittelschicht!</p>
<p>Seite 14</p>	<p><i>„Neue Erdgas-Pipelines wie Nord Stream 2 zementieren auf Jahrzehnte Abhängigkeiten von klimaschädlichen Ressourcen und konterkarieren die Energiewende. Sie sollten daher – im konkreten Fall von Nord Stream 2 – auch aus geopolitischen Gründen gestoppt werden. Damit stärken wir unsere energiepolitische Souveränität.“</i></p>	<p>Die milliardenteure Pipeline brauchen wir auch für das Wasserstoffzeitalter. Weitere Konsequenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schadenersatzzahlungen. • Steigende Verbraucherpreise durch Markverknappungen. • Aushebeln des Investitionsschutzes in Europa. 	<p><i>„Der Ausstieg aus Kohle und Atom in Europa macht Erdgas bis in die 2040er Jahre unverzichtbar. Die modernste Pipeline in Europa nicht zu nutzen, bedeutet ältere Pipelines mit sehr vielen energieintensiven Verdichtungsstationen, mehr Leckagen oder LNG nutzen zu müssen.“ BDI, S.4 ⁴⁾</i></p> <p><i>„...politisch-strategisch ist die Pipeline von großem Wert: Sie bindet Russland an die EU und in einen Dialog ein. Ein Abbruch großer Wirtschaftsjekte schafft keine friedlichere Welt in Europa.“ BDI, S.4 ⁴⁾</i></p>

Verkehr			
Seite 19	<p>„Wir werden einen Bundesnetzplan 2050 erarbeiten, in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße, Schiene, und Wasserstraße im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird. Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um nicht planfestgestellte Straßenneubauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal auf den Prüfstand zu stellen...“</p>	<p>Das heißt im Klartext:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Straßenfeindliche Neuausrichtung des Bundesverkehrswegeplans. • Umschichtung von Investitionen zu Lasten des Hauptverkehrsträgers ‚Straße‘. • Rückbau der Straßeninfrastruktur ungeachtet tatsächlicher Alternativen. <p>Langfristfolge: bewusste Einschränkung der Funktionsfähigkeit des Straßennetzes.</p>	<p>„Bereits heute ist für 72 Prozent der Unternehmen die schlechte Straßeninfrastruktur ein Standortnachteil.“ BDI, S.7 ⁴⁾</p>
Seiten 18, 21	<p>„Das Fahrrad hat für die Mobilitätswende riesiges Potenzial. Um es auszuschöpfen, wollen wir Deutschland zum Fahrradland machen. (...) Radwege in Städten, Pendelstrecken oder Verbindungen von Dorf zu Dorf wie auch touristische Radwege sollen sich durch hohe Qualität und eine gute Beschilderung auszeichnen. Unsere Vision ist ein lückenloses Fahrradnetz in ganz Deutschland. Wir richten die Verkehrspolitik, an den Zielen und Empfehlungen des Nationalen Radverkehrsplans aus... (...) In der</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Das „Fahrradnetz für ganz Deutschland“ in diesem Programm geht zu Lasten der Investitionen in andere Verkehrsträger. Diese grüne Mobilitätspolitik ist in ihrer Naivität, Priorisierung und Gesamtwirkung für den Wirtschaftsstandort Deutschland brandgefährlich. 	<p>Altersdiskriminierung</p>

	städtischen Logistik wollen wir den Einsatz von Lastenrädern (...) fördern.“		
Seiten 7, 19, 20	„Statt an fossilen Verbrennungsmotoren festzuhalten, schaffen wir eine neue Mobilität mit E-Autos, der Bahn und dem Rad. (...) Ab 2030 sollen nur noch emissionsfreie Autos neu zugelassen werden... (...) Wir setzen uns für schärfere europäische CO2-Flottengrenzwerte ein. Den Kauf emissionsarmer Autos wollen wir durch ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer fördern. (...) Die Städte sollen mehr Möglichkeiten bekommen, regulierend in den Autoverkehr einzugreifen und öffentlichen Parkraum neu aufzuteilen, so dass Autos nur noch auf gekennzeichneten Plätzen parken dürfen.“	<p>Kampfansage an den Individualverkehr: Faktisches Verbot der Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor.</p> <p>Individuelle Mobilität wird damit für breite Schichten der Bevölkerung zum Luxusgut, zum Privileg der Wohlhabenden.</p> <p>Die Vorfestlegung auf die hochpreisige E-Mobilität als einzige Technologieoption emissionsarmer Mobilität ist industriepolitisch gefährlich.</p>	Grüne Mobilitätspolitik spaltet die Gesellschaft!
Seite 19	„Für die Autobahnen wollen wir ein Sicherheitstempo von 130 Stundenkilometern.“ In geschlossenen Ortschaften soll eine nicht näher spezifizierte Temporeduzierung erfolgen.	Pauschale Tempobeschränkungen stehen dem Ziel einer intelligenten Verkehrslenkung und einem zunehmend automatisiertem Verkehr entgegen.	„...Autobahnen (sind) heute fast viermal so sicher wie andere Straßen.“ BDI, S.7 ⁴⁾ Ein ziemlich bescheidener Beitrag zum Klimaschutz: Einsparung von nur 1,9 bis 1,1, Mio. t CO2-Äquivalenten pro Jahr.
Seite 20	„Nach der Pandemie wollen wir kein Zurück zum blinden Wachstum des Luftverkehrs , sondern diesen am Ziel der Klimaneutralität	<ul style="list-style-type: none"> • Verschlechterung der Infrastruktur für die Luftfahrt. 	Verbot steht vor Vision!

	<p><i>ausrichten. Kurzstreckenflüge wollen wir bis 2030 überflüssig machen, indem wir die Bahn massiv ausbauen. Die Zahl von Langstreckenflügen gilt es zu vermindern und das Fliegen gleichzeitig zu dekarbonisieren. (...) Um Kerosin durch klimaneutrale Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die bestehende Beimischungsquote erhöhen und einen Ausstiegspfad festschreiben. Umweltschädliche Subventionen im Flugverkehr sind abzubauen und Finanzhilfen für unwirtschaftliche Regionalflughäfen zu beenden. Neben einer Reduktion des Fluglärms durch weniger und bessere Flugzeuge braucht es ein echtes Nachtflugverbot.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • Drehkreuze in Nachbarländern werden gestärkt. • Schwächen der internationalen Wettbewerbsposition. • Gefährden mittelständischer Unternehmen in der Branche. • Rettungs- und Notversorgungsflüge nicht mehr flächendeckend möglich. 	<p>Logik: Wenn das Fliegen dekarbonisiert ist – warum dann die Flüge <i>aller Art</i> reduzieren?</p> <p>Die kleinen Unternehmen, die von diesen Regionalflughäfen leben, wird das freuen.</p>
Seite 21	<p><i>„Den ausufernden Lkw-Verkehr wollen wir durch eine CO2-orientierte Maut regulieren.“</i></p>	<p>Die Lkw-Maut reguliert nicht den Lkw-Verkehr, sondern ist ein Element von Transportkosten und Nutzerfinanzierung der Straßeninfrastruktur!</p> <p>Es gibt derzeit kaum Transportalternativen hinsichtlich Kapazitäten, Flächenerreichbarkeit und Leistungsfähigkeit von Schiene und Wasserstraße.</p>	<p>Vorsicht: Doppelbelastungen!</p> <p>Die ...<i>“Politik des Verhinderns und Verteuerns von Straßengüterverkehr oder Antriebstechnologien schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und seinen Unternehmen, die auf ein leistungsfähiges Transport- und Logistiksystem angewiesen sind.“ BDI, S.8 ⁴⁾</i></p>

Wohnungsbau

Seite 69	„Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu wollen wir mit einem Bundesprogramm ‚Neue Wohngemeinnützigkeit‘ für eine Million zusätzliche, günstige Mietwohnungen in den Ballungsräumen sorgen, sicher und auf Dauer.“	Eigenbetriebe der Kommunen leisten durch Gewinnabführung häufig einen Beitrag zu deren Finanzierung. Das würde bei Gemeinnützigkeit entfallen. Ist die Kommune finanzschwach, fehlen gemeinnützigen Unternehmen die Mittel – auch der Bestand leidet. Um bedürftige Haushalte zu unterstützen, ist Wohngeld der punktgenaue Weg – ansonsten entstehen Problemviertel.	Wer kommunale Mechanismen nicht versteht, sollte die Finger davon lassen!
Seite 70	„Konkret wollen wir Mietobergrenzen im Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und nachschärfen.“	Der gescheiterte Berliner Mietendeckel soll nun bundesweit wiederholt werden. Die Bau- und Wohnungspolitik wird zum grünen Spielball; der Eigentümer zum Feindbild.	
Seite 70	„Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot herrscht, kann sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen ergeben, Grundstücke zu bebauen , statt auf höhere Preise zu spekulieren.“	Feindbilder machen blind (Teil 1) - und Jeden zum Spekulanten: Ursachen für das "Liegenlassen" von Flächen sind u.a.: <ul style="list-style-type: none"> • offene Erbschaftsangelegenheiten, • eine zu geringe Kapitalausstattung des Eigentümers, 	

		<ul style="list-style-type: none"> • ungeklärte Eigentumsverhältnisse, • Grundstückszuschnitte, • Altlasten, • Nachbarschaftskonflikte sowie • schleppende Baurechtsbeschaffung. 	
Seite 70	<p>„Wir wollen die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der Fonds kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohl-orientierte Träger.“</p>	Der Staat soll verstärkt als Käufer auftreten.	<p>„Ebenso wie beim Fußballspiel der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, hat auch der Staat nicht mitzuspielen... Die Grundlage aller Marktwirtschaft bleibt die Freiheit des Wettbewerbs.“ Ludwig Erhard ⁶⁾</p>
Seite 70	<p>„Das Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten, sind weitere Instrumente.“</p>	<p>Feindbilder machen blind (Teil 2):</p> <p>Ein Umwandlungsverbot bereitet viele neue Probleme, z.B. Preistreiberei durch Verknappung von Wohneigentum.</p>	
	<p>Wir streben an, die Modernisierungumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro Quadratmeter zu begrenzen.“</p>	Für die energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes sind während der nächsten 30 Jahre zusätzliche Investitionen von jährlich 10 Mrd. € im Mietwohnungsbau nötig, damit die Klimaschutzziele im Gebäudesektor erfüllt werden.	Genau das wird verhindert, wenn sich diese Investitionen für die Eigentümer nicht refinanzieren!

Handel/Verbraucherschutz			
Seite 43	„Damit Unternehmen künftig Umwelt- und Sozialstandards sowie Menschenrechte entlang der gesamten internationalen Produktions- und Lieferkette durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene.“	<p>Kann nur auf EU- oder G20-Ebene gelingen.</p> <p>Rechtssichere Prüfungen der Lieferkette sind für mittelständische Familienunternehmen nicht darstellbar.</p> <p>Hier plötzlich: Abwälzen staatlicher Verantwortung auf die Unternehmen.</p>	KMU!
Seite 29	„Wir werden ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen.“	Ideologischer Missbrauch ist programmiert! Das fördert neue Geschäftsmodelle von bestimmten NGO und eine ‚Klageindustrie‘.	Beispiel „Deutsche Umwelthilfe“!

	Ernährung		
Seite 26	„Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU sollte zu einem Instrument für eine ökologische Agrarpolitik werden. (...) Um den nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft gemeinsam mit den Bäuer*innen ⁺⁾ voranzutreiben, gilt es die nationalen Spielräume für die bevorstehende Förderperiode bestmöglich zu nutzen. Dazu gehören ein Ökolandbau-Anteil von 30 Prozent sowie eine Halbierung des Pestizid- und Antibiotika-Einsatzes bis 2030.“	Ökolandbau ist auch eine wirtschaftliche Entscheidung und bringt höhere Produktionskosten wegen arbeitsaufwändigerer Verfahren und niedrigere Erträge mit sich. Darüber muss der Eigentümer entscheiden können!	⁷⁾ Und das ist ein Beispiel für sinnlose ‚Gendersprache‘...
Seite 27	„Klimaschutz heißt auch, dass wir als Gesellschaft weniger tierische Produkte produzieren und konsumieren werden. Wir wollen vegetarische und vegane Produkte attraktiver und zugänglich für alle Menschen machen.“	Solange der wachsende Verbrauch veganer Produkte erst mit umweltvernichtenden Produktionsmethoden im Ausland möglich gemacht werden kann, ist das eine Farce.	Wir ‚streicheln unser grünes Gewissen‘ auf Kosten der Regenwälder!
Seite 28	„Die Tierhaltung soll an der Fläche – nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar – und Obergrenzen pro Stall gebunden werden.“	Das ist für große Agrarbetriebe existenzbedrohend.	Für den Osten Deutschlands ein Schreckensbild!
Seite 28	„Wir werden eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch und andere tierische Produkte einführen.“	Für kleine Betriebe generell schwer leistbar → damit eine Beschleunigung	

		des Strukturwandels zugunsten großer Betriebe!	
--	--	--	--

Digitalisierung und Gründung			
Seite 40	<i>„Der Zukunftsfonds muss mehr nachhaltige Leuchtturm-Projekte finanzieren, dabei insbesondere in Bereiche wie Greentech, Künstliche Intelligenz, nachhaltige Mobilität oder Life-Sciences, deren hochkomplexe Geschäftsmodelle keine einfache Finanzierung am Markt bekommen.“</i>	Nebeneffekt ist die staatliche Steuerung von Branchen .	Wer entscheidet das dann? Ein ‚Arbeitskreis aus Staatsangestellten‘?!
Seite 35	<i>„An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird nach höchsten Standards geforscht. Vielversprechende Forschungsergebnisse – gerade auch aus der Grundlagenforschung – müssen aber noch öfter in die Praxis gelangen. (...) Vielfach mangelt es in der deutschen Wissenschaft an einer lebendigen Gründungskultur, strukturelle Hemmnisse verhindern Ausgründungen. Die bestehenden Förderprogramme reichen nicht aus. Wir wollen den Ausbau von Förderprogrammen für Hightech-Start-ups, Gründungszentren und Entrepreneurship-Ausbildungen vorantreiben. Statt unattraktiver</i>	Ohne unternehmerische Befähigung der handelnden Personen sind Spin-offs aber selten erfolgreich. Zudem entsteht durch investorenfinanzierte Gründungen und einem Exit in Form des Verkaufs dieser Unternehmen die nächste Konzernabteilung und kein mittelständischer Betrieb. Eine Entrepreneurship-Ausbildung durch Theoretiker ist jedenfalls keine Lösung dafür.	Förderung der Konzentration statt wertvoller mittelständischer Strukturen!

	<i>Lizenzregelungen wollen wir die stille Beteiligung der öffentlichen Institutionen zum neuen Ausgründungsstandard machen.“</i>		
Seite 33	<i>„Gründer*innen sollen es leicht haben: Statt sich durch ein Verwaltungsdickicht zu quälen, sollen sie Information, Beratung und Anmeldung in einer zentralen Anlaufstelle erledigen können – überall in Deutschland. In den ersten zwei Jahren sollen sie weitgehend von Melde- und Berichtspflichten befreit werden.</i>	Bürokratie auf der einen, ungeordnetes Risiko auf der anderen Seite. Pauschales Pflichten-Bashing führt nicht zu einer höheren Existenzsicherheit von Gründungsunternehmen!	Dort helfen dann wieder Staatsangestellte bei unternehmerischen Entscheidungen!
Seite 33	<i>„Frauen sind bei Gründungen noch unterrepräsentiert, sie wollen wir gezielt fördern mit einem staatlichen Wagniskapitalfonds nur für Frauen. Hürden sollten auch für Menschen mit Migrationsgeschichte abgebaut werden, hier lässt unser Land ein riesiges Potenzial brachliegen.“</i>	Einem internationalen Investor, der ins Risiko geht, kann niemand vorschreiben, wofür und mit wem er sein Kapital einsetzt.	Das Geschlecht von Gründenden ist weder ein Qualifizierungs- noch ein Eignungsmerkmal. Wenn Idee und Gründerperson nichts taugen, kann der Fonds heißen, wie er will.

Internationale Wirtschaft

<p>Seite 38</p>	<p>„Der europäische Binnenmarkt ist eine Erfolgsgeschichte, die gerade im globalen Wettbewerb auf seinen hohen Standards beruht: im Verbraucher- und Datenschutz, im Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie für die soziale und Produktsicherheit. Diese hohen Standards wollen wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen, ermöglichen die Ausnutzung von Skaleneffekten und begünstigen den internationalen Handel.“</p>	<p>So schön es auch klingt: Die Wettbewerbssituation europäischer Unternehmen lässt gegenüber China, den USA und anderen weniger Spielräume, als ersehnt.</p>	
<p>Seite 42</p>	<p>„Wir wollen einen multilateralen Welthandel und Handelsabkommen, die dem Wohlstand aller Menschen dienen, die Umwelt- und Klimaschutz einfordern und die Beziehungen mit unseren Partnern im Einsatz für Demokratie und Freiheit stärken.“</p>	<p>Diese Forderung ist ebenfalls weltfremd. Hier wird vorgegaukelt, dass die EU solche Handelsabkommen abschließen könnte, die andere Staaten zu höheren Standards zwingen.</p> <p>So wenden sich die Mercosure-Staaten von der EU ab und China zu, weil die EU kein für sie akzeptables Abkommen zustande bringt.</p>	<p>Das asiatisch-pazifische Freihandelsabkommen ist auf 2,2 Milliarden Menschen ausgerichtet und umfasst ca. 30 Prozent des Welthandels.</p>

Seite 42	„Wir wollen daher das CETA-Abkommen in seiner derzeitigen Fassung nicht ratifizieren , sondern es bei der Anwendung der derzeit geltenden Teile belassen.“	Das wäre ein Muster für unglaubliches und unberechenbares Handeln der EU.	Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit sind unverzichtbare Prinzipien internationalen wirtschaftlichen Handelns.
----------	--	--	--

Sicherheitspolitik			
Seite 134	<p>„Wir ergänzen den traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus.“</p> <p>„Das willkürliche NATO-2-Prozent-Ziel, das vor fast 20 Jahren verabschiedet wurde, (...) lehnen wir ab.“</p>	<p>Die NATO sichert u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> - die kollektive Verteidigung, - die Krisenintervention sowie - die Kooperation in Fragen der Sicherheit, wie gemeinsamer Rüstungsprojekte und internationaler Truppenverbände. 	<p>Dieser neue, unbestimmte Begriff ist symptomatisch für das zum Teil verschwurbelte politische Wirklichkeitsbild der Grünen.</p> <p>Das NATO-2-Prozent-Ziel wurde während des NATO-Gipfeltreffens in Wales 2014 von allen NATO-Mitgliedsstaaten durch die Amts- und Regierungschefs unterzeichnet.</p> <p>Das gilt auch für das 20 Prozent-Ziel bei Investitionen.</p>
Seite 132	„Dazu gehören ein Deutschland frei von Atomwaffen und ein Beitritt Deutschlands zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. “	Die Abkehr vom Konzept der nuklearen Teilhabe bedeutet, dass Deutschland nicht länger Bestandteil der NATO-Abschreckungspolitik und des „atomaren Schutzschirmes“ ist.	Hier wird die Sicherheit des eigenen Staates und seiner Bürger aufs Spiel gesetzt.

		Das wäre einseitige Abrüstungspolitik ohne Gegenleistung.	
Seite 133	„Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren. Wir wollen die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell sicher ausstatten. “	Die Realität heute : Die Grünen lehnen eine Beschaffung von bewaffneten Drohnen ab.	

Patentrecht			
Seite 119	„ Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien, Impfstoffen und Arzneimitteln nicht versperren.“	„Ohne Patentschutz gibt es keine Innovationen...und ohne Innovationen...keine neuen Generika. Ein Aufweichen des Patentschutzes ist ...nicht der richtige Weg.“ *** , S. 39	Das Abschaffen der Schutzrechte für nach ideologischen Gesichtspunkten ausgewählte Gruppen will den Staat erneut zum Alleswisser und Alleskönner machen und ersetzt damit Gesetze durch Willkür.

Demokratie und Verwaltung			
Seite 94	<p>„Einkünfte von Abgeordneten aus Nebentätigkeiten sollen auf Euro und Cent veröffentlicht werden, für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen von Abgeordneten braucht es strikere Regeln. Die Annahme von Direktspenden durch parteigebundene Abgeordnete sollte verboten werden..., deshalb wollen wir strikere Veröffentlichungsregeln. ... Solange es keine gesetzliche Regelung gibt, wollen wir uns im politischen Wettbewerb nicht schlechterstellen als die politische Konkurrenz. Für das Partiensponsoring wollen wir eine gesetzliche Regelung und eine Veröffentlichung ab dem ersten Euro einführen.“</p>	<p>„Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat Sonderzahlungen nachgemeldet, die sie in den Jahren 2018, 2019 und 2020 als Vorsitzende der Grünen erhalten hatte. Durch ein Versehen seien diese nicht wie vorgeschrieben binnen drei Monaten der Bundstagsverwaltung bekannt gegeben worden...“ ⁸⁾</p> <p>„Darunter war...eine coronabedingte Sonderzahlung aus dem Dezember 2020 in Höhe von 1500 Euro.“ ¹⁰⁾</p> <p>"Die umfassende Offenlegung aller Ämter und Tätigkeiten sowie deren exakte Vergütung sollten für Politikerinnen und Politiker selbstverständlich sein." ¹¹⁾</p>	<p>„Wer ...den gesinnungsethischen Moralismus...zur ultimativen Handlungsmaxime erhebt..., muss sich jedoch konsequenterweise...an den eigenen Maßstäben messen lassen.“ ⁷⁾</p> <p>„Das war ein blödes Versäumnis“ Annalena Baerbock ⁹⁾</p> <p>„Der ehemalige Grünen-Chef hat rund 20.600 Euro nicht an den Bundestag gemeldet. Dies holte er nun nach.“ ¹²⁾</p>
Seite 135	<p>„Wir möchten dafür das Verhältnis von Regierung, Parlament und Bürger*innen neu begründen: ...neue Formen der Beteiligung, etwa über Bürger*innenräte, die frühe Einbeziehung von Bürger*innen bei Planungsprozessen, die transparente</p>	<p>Wo sind hier die Unternehmerinnen und Unternehmer, die freien Berufe, ist die Wirtschaft, sind die Mittelständler?</p>	<p>Der Teil der Bevölkerung, der unternehmerisch tätig seine Existenz sichert, kommt in diesen Fantasien nicht vor.</p>

	<i>Einbeziehung der demokratischen Zivilgesellschaft und wissenschaftlicher Fakten.“</i>		
Seite 136	<i>„Wir planen den Aufbau neuer Behörden und Verwaltungsstrukturen, weil wir einen starken und effizienten Staat wollen, der zu den Aufgaben passt. Dazu gehört dann auch, dass wir überprüfen, was es nicht mehr braucht, was zugemacht werden kann, was besser werden muss.“</i>	Ein Hoch auf die Bürokratie und die Allgewalt staatlicher Regulierungen!	<i>"...Staat muss sich auf jene Aufgaben beschränken, die unverwechselbar nur er erfüllen kann. Nur dann wird er seine volle demokratische Handlungsfähigkeit bewahren...Wir wollen das Glück der Menschen und nicht die Zwangsbeglückung durch den Staat...Wir wollen keinen Staat ...der Bürokraten, wir wollen die lebendige Republik des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland." Helmut Kohl ¹³⁾</i>
Migration			
Seiten 98, 99	<i>„Wir wollen ein modernes Einwanderungsgesetz beschließen, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schafft – auch im gering- und unqualifizierten Bereich...“</i> <i>„Wir treten dafür ein, dass (für) alle neu ankommenden Migrant*innen ...die möglichst dezentrale Unterbringung, ein breites</i>	Durch diese Pläne soll u.a. <ul style="list-style-type: none"> • Geringqualifizierten der Weg nach Deutschland geebnet und Sozialleistungen dafür ausgeweitet, • der Unterschied zwischen Asyl und Arbeitsmigration verwischt, 	Ein solcher Weg hilft niemandem; auch nicht den Migranten.

	<p><i>Beratungsangebot gerade auch für Familien sowie der unterschiedslose Zugang zu Wohnraum, Gesundheits- und Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit...“ gesichert werden.</i></p> <p><i>„Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen und damit eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von Geflüchteten... Integrationsfeindliche gesetzliche Regelungen wie Arbeitsverbot und pauschale Wohnsitzauflage schaffen wir ab. Die in den vergangenen Jahren vorgenommenen Aushöhlungen des Asylrechts wollen wir zurücknehmen. Die Ausrufung „sicherer“ Herkunfts- oder Drittstaaten lehnen wir ab – auch auf europäischer Ebene.“</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> • die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme ermöglicht und befördert sowie • eine Ausweisung in sichere Herkunftsstätten verhindert werden. 	
--	---	--	--

Weitere Themen			
Seite 32	„Ein Neustart nach der Corona-Krise muss ...gezielt den besonders betroffenen Branchen helfen. ... Hierfür dehnen wir den steuerlichen Verlustrücktrag aus, führen attraktive und zeitlich begrenzte Abschreibungsbedingungen ein...“	Schnellere Abschreibungen sind nur hilfreich, wenn Unternehmen auch Gewinne machen! Viele der Ziele der Grünen verhindern aber gerade das.	
Seite 36	„Mittelstandspolitik ist Innovationspolitik“	<p>Mittelstandspolitik muss weit darüber hinausgehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Standortqualität • Kosten (Energie, Arbeit, etc.) • Bürokratieabbau • Rahmenbedingungen zur Nachfolge <p>Die gesamte Breite der mittelständischen Unternehmenslandschaft muss erfasst werden.</p>	
Seite 39	„Wir setzen uns für die Einführung einer Unternehmensform für Verantwortungseigentum ein. Immer mehr Unternehmer*innen verstehen ihr Unternehmen nicht als individuell konsumierbares Vermögen. Sie wollen, dass der Zweck ihres Unternehmens nicht dem kurzfristigen Shareholder-Value dient, sondern langfristig dem Sinn und Zweck des	Eine <i>moralisierende Rechtsform</i> , die jedes Motiv zur Beteiligung an ihr konterkariert, das auf Gewinnzuwachs orientiert ist und z.B. dem ausscheidenden Gesellschafter nur den Nennwert seiner Einlage zubilligt. Trotz der Schwächen unserer bestehenden Rechtsformen eher ein Bestandteil sozialistischer Träume	Dieses Konstrukt ist völlig überflüssig. Sinnvoll wäre eine Reform der bestehenden Rechtsformen, aber das klingt nicht so edel.

	<i>Unternehmens. Dafür brauchen sie eine Rechtsform, die eine hundertprozentige Vermögensbindung an das Unternehmen ermöglicht und ansonsten die Flexibilität der GmbH beibehält. Gewinne werden reinvestiert oder gespendet...“</i>	und der Zeitgeist derer, die den Kommunismus in der DDR schon vergessen oder nie begriffen haben.	
Seite 115	<i>„Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre strategische Souveränität ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur und öffentliche Güter zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich erheblichen Einfluss.“</i>	Die wirtschaftliche Stärke der EU und des Binnenmarktes werden als gegeben hingenommen – sie hängen aber wesentlich von wirtschaftlicher Stärke, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab. Rezessionen, Nationalismus, Protektionismus, Handelsstreitigkeiten, Digitalisierung und Klimaschutz können aber nur gemeistert werden, wenn das gesichert ist. Darüber aber schweigt sich das grüne Programm aus.	Hier wedelt der Schwanz mit dem Hund!

Redaktionsschluss: 1. Juni 2021

Quellenangaben

Die Ausarbeitung erfolgte unter Verwendung von Unterlagen des Wirtschaftsrates der CDU vom Mai 2021 sowie Intentionen der Landesleitung der CSU (Büro Markus Blume) 2021. Bei den aus den CDU/CSU-Unterlagen verwendeten Informationen ist aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht jede Passage als Zitat gekennzeichnet. Das gleiche trifft zu auf die „Bewertung des Programmentwurfs zur Bundestagswahl 2021 von B90/Die Grünen“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI).

Die Zitierstellen aus dem Parteiprogramm der Grünen sind unmittelbar in der linken Spalte ausgewiesen.

Weiterhin verwendet wurden Quellen, aus denen direkt zitiert wird:

- 1) Helmut Markwort: FOCUS Nr. 17 vom 24. April 2021, S.106
- 2) Bündnis 90/Die Grünen: „Deutschland. Alles drin. Programmentwurf zur Bundestagswahl 2021“.

Es wurde hier darauf verzichtet, die Positionen darzustellen, die mit den Grundsätzen und Forderungen konservativer Politik kompatibel sind. Es ging in diesem Papier nicht um Gemeinsamkeiten für eine politische Zusammenarbeit, sondern um das Bewusstmachen der Gefahren ungebremster GRÜNEN-Politik für das Land und die Menschen darin.
- 3) Prof. Clemens Feust, Leiter des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, („Münchner Merkur“ Nr. 118 am 26. Mai 2021)
- 4) „Bewertung des Programmentwurfs zur Bundestagswahl 2021 von B90/Die Grünen“ des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) (BDI Dokumentennummer: D 1360)
- 5) Ludwig Erhard: "Nicht alles zur gleichen Zeit", Rundfunkansprache, 13.1.1958)
- 6) Ludwig Erhard: Regierungserklärung 18.10.1963
- 7) Aus dem Leserbrief von Klaus Hofer: „Münchner Merkur“ Nr. 117 vom 25. Mai 2021.
- 8) „Süddeutsche Zeitung“ am 19. Mai 2021
- 9) Annalena Baerbock gegenüber dem „Handelsblatt“ am 20. Mai 2021)
- 10) „Focus Online“ am 23. Mai 2021
- 11) Homepage Cem Özdemir
- 12) ZDF am 21. Mai 2021
- 13) Helmut Kohl am 24. Mai 1976 auf dem Bundesparteitag der CDU in Hannover